

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite V
Literaturverzeichnis	XV

	Rz.	Seite
A. Bezüge geschäftsführender Gesellschafter – Betriebsausgabe oder verdeckte Gewinnausschüttung?		

I. Gewandelter Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung?	1	1
II. Parallelen und Divergenzen zwischen verdeckter Gewinnausschüttung und Vermögensverlagerungen i. S. des Zivilrechts	9	5

B. Die Stellung des geschäftsführenden Gesellschafters

I. Geschäftsführer: Organ der Gesellschaft/ Angestellter der Gesellschaft	13	9
II. Die Angestellteneigenschaft des geschäftsführenden Gesellschafters		
1. Zivilrechtliche Beurteilung	16	10
2. Steuerrechtliche Anerkennung	20	11
3. Gesellschaftsrechtlicher Einfluß – ein Hindernis für die steuerrechtliche Anerkennung des Arbeitsverhältnisses?	24	13
4. Beteiligungsquote und Sozialversicherungspflicht	29	15
III. Die entscheidende Bedeutung der Dienstleistungen	30	16
IV. Die Bedeutung der Vorbildung	41	20

	Rz.	Seite
C. Das Gesamtbild der Leistungen des geschäftsführenden Gesellschafters		
I. Tätigkeit und Verantwortung	42	23
II. Mehrere Geschäftsführer einer Gesellschaft ...	44	23
III. Die Bezüge eines geschäftsführenden Gesellschafters mehrerer Gesellschaften oder bei anderer Nebentätigkeit	50	25
D. Die Gesamtheit der Bezüge		
I. Maßgeblichkeit der Gesamtheit der Bezüge für die Beurteilung der Angemessenheit	56	31
II. Feste Bezüge		
1. Gehalt	59	33
2. Gehaltsnebenleistungen	60	34
a) Überstundenvergütungen/Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit	62	34
b) Urlaubs- und Weihnachtsgeld	74	39
c) Reisekostenerstattung	77	40
d) Zuschüsse zur Krankenversicherung und anderen der sozialen Sicherung dienenden Versicherungen/Übernahme der Versicherungsprämien	80	40
3. Sachbezüge	84	42
III. Gewinn- und umsatzabhängige Bezüge (Gewinn- und Umsatzbeteiligungen)		
1. Zivilrechtliche Zulässigkeit und Grenzen		
a) Umsatzbeteiligungen	86	43
b) Gewinnbeteiligungen	92	45
2. Steuerrechtliche Anerkennung		
a) Umsatzbeteiligungen – Anerkennung nur beim Vorliegen besonderer Umstände	99	47
b) Gewinnbeteiligungen		
aa) Maßgeblicher Gewinn	109	49
bb) Verhältnis fester und gewinnabhängiger Bezüge	119	53

	Rz.	Seite
cc) Vereinbarung ausschließlich gewinnabhängiger Bezüge	127	57
dd) Verhältnis gewinnabhängiger Bezüge zum Gewinn der Gesellschaft	129	58
c) Übergangsregelung für die Anwendung des BFH-Urteils I R 50/94 vom 5. 10. 1994 . . .	136	61
d) Hoher Anteil gewinnabhängiger Bezüge – ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft	137	61
IV. Anpassung der Bezüge bei Verhinderung des Geschäftsführers	142	63
V. Verhältnis aktiver Bezüge zu Versorgungsbezügen	145	64
 E. Beurteilungsgesichtspunkte für die Angemessenheit der Bezüge bei Vertragsabschluß 		
I. Angemessenheit der Bezüge im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft		
1. Maßstäbe – Handelsrechtliches oder steuerrechtliches Ergebnis?	150	67
2. Die Ertragslage des fortzuführenden Unternehmens		
a) Unternehmen zur Zeit des Vertragsabschlusses in der Gewinnzone	151	68
b) Unternehmen zur Zeit des Vertragsabschlusses in der Verlustzone sowie bei schwankender Ertragslage	157	70
3. Sonderfälle		
a) Anpassung der Bezüge des Gesellschafters an geänderte Verhältnisse der Gesellschaft . . .	163	71
b) Verwaltung und Betreuung ruhender Betriebe	168	74
c) Anlaufzeit neugegründeter Betriebe	170	75
d) Neue Bundesländer	174	77
II. Gebotene Verzinsung des Eigenkapitals der Gesellschaft	175	78

F. Methoden zur Feststellung der Angemessenheit

I. Maßgeblichkeit des Handelns ordentlicher und gewissenhafter Geschäftsführer		
1. Zivilrechtliche Pflichten	184	83
2. Der „ordentliche Geschäftsführer“ – Bezugsperson des Fremdvergleichs	187	84
3. Denkanstöße des Bundesverfassungsgerichts zum Fremdvergleich	193	87
II. Maßgeblichkeit des – üblichen – Verhaltens des als Angestellten gedachten Vertragspartners der Gesellschaft		
1. Der typisierte Angestellte als Vergleichsperson .	194	88
2. Kritische Würdigung des Vergleichs im Schrifttum	203	90
3. Das gedachte Verhalten des gesellschaftsfremden Angestellten und die Wirklichkeit	204	93
4. Gesellschaftsrechtliche Veranlassung – Veranlassung durch das Betreiben des Betriebs der Gesellschaft	207	94
III. Die Vergleichsmethoden		
1. Äußerer Vergleich	211	96
2. Innerer Vergleich	218	98
IV. Sachverständigengutachten	225	100
V. Notwendigkeit großzügiger Beurteilung des Einzelfalles	228	102
VI. Typisierende Regeln	234	104

G. Nichtanerkennung der Bezüge beherrschender geschäftsführender Gesellschafter trotz Angemessenheit

I. Das Gebot klarer Vereinbarungen bei Vertragsbeginn	239	107
--	-----	-----

	Rz.	Seite
II. Spätere Vertragsänderungen	247	110
III. Tatsächliche Übung: Heilmittel vertraglicher Mängel?	250	111
IV. Verzicht auf Einhaltung vertraglicher Vereinbarungen: Beweiszeichen mangelnder Ernsthaftigkeit?		
1. Gehaltsverzicht im Interesse der Gesellschaft ..	253	112
2. Verzicht auf künftige Gehaltsansprüche – Änderung des Anstellungsvertrages	258	114
3. Verzicht auf entstandene Ansprüche	262	115
4. Verzicht auf Bezüge – fragwürdiges Beweiszeichen fehlender Ernsthaftigkeit des Anstellungsverhältnisses	263	115
5. Problematische Fixierung zeitlicher Grenzen ..	264	116
6. Gehaltsverzicht – Höhe der verdeckten Gewinnausschüttung	265	117
7. Gehaltsverzicht – Darlehen oder Einlage	269	119
V. Nachträgliche Zahlung rechtzeitig vereinbarter Bezüge	271	120
VI. Schädlichkeit von rückwirkenden Vereinbarungen und Nachzahlungen		
1. Nachträgliche Verbesserungen – zivilrechtliche Zulässigkeit	275	121
2. Nachträgliche Verbesserungen – wirtschaftliche Zweckmäßigkeit	276	122
3. Beweislastüberlegungen	279	123
4. Möglicher Einfluß des Geschäftsführers zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Verbesserung ..	281	124
VII. Verstoß gegen das Selbstkontrahierungsverbot	286	126
 H. Steuerrechtliche Folgen der Nichtanerkennung 		
I. Die Beweislast	290	129
II. Zur Darstellung der Sachlage	300	133
III. Berichtigungsveranlagungen	304	134

	Rz.	Seite
J. Rückzahlung überhöhter Bezüge – Rückgängigmachung verdeckter Gewinn- ausschüttungen		
I. Fallgruppen	311	139
II. Rechtsgrundlagen einer Rückgewährpflicht		
1. Gesetzliche Vorschriften	315	140
2. Satzungs- und Steuerklauseln	318	142
3. Handelsrechtliche Bilanzierung	323	144
III. Steuerrechtliche Anerkennung		
1. Gesetzliche Rückgewährverpflichtung	326	145
2. Rückgewährpflicht aufgrund von Satzungs- und Steuerklauseln	328	147
3. Freiwillige Rückzahlung	335	149
4. Steuerrechtliche Bilanzierung		
a) Berichtigung von Bilanzen	336	150
b) Rückzahlung als Betriebseinnahme oder Einlage?	341	151
K. Alters- und Hinterbliebenenversorgung		
I. Grundsätze für die steuerrechtliche Anerkennung		
1. Kriterien für den Fremdvergleich von Pensi- onzusagen gegenüber einem Gesellschafter- Geschäftsführer	349	157
2. Die neue Rechtsprechung zur Erdienbarkeit		
a) Mindestzeitraum des Erdienens durch beherrschende Gesellschafter		
aa) Üblicher Beginn des Ruhestandes = Ende des Mindestzeitraums	351	158
bb) Beginn des Mindestzeitraums = Höchstalter bei Zusage	358	160
b) Mindestzeitraum des Erdienens durch nicht beherrschende Gesellschafter	362	162
c) Berücksichtigung von Vordienstzeiten		
aa) Fallgruppen	365	164

	Rz.	Seite
bb) Vordienstzeiten als nicht geschäfts- führender Gesellschafter	366	164
cc) Vordienstzeiten bei Umwandlung in eine GmbH	367	165
dd) Vordienstzeiten bei Betriebsübernahme .	370	167
d) Probezeiten	371	167
e) Wartezeiten bei Invalidität und Tod	377	171
f) Voraussichtliche Ertragsentwicklung	379	171
3. Die Nur-Pensionszusage	381	172
4. Typisierung der Kriterien für die Anerken- nung von Versorgungszusagen	383	173
II. Der Versorgungsanspruch des geschäftsführen- den Gesellschafters als geldwerter Vorteil im Rahmen der Gesamtbezüge		
1. Versorgungszusagen als Teil der Gesamtbezüge .	392	177
2. Schätzung des geldwerten Vorteils für den geschäftsführenden Gesellschafter		
a) Fiktive Jahresnettoprämie als Maßstab des geldwerten Vorteils	397	179
b) Maßgebendes Alter für die Berechnung	399	181
3. Anpassung von Versorgungsbezügen an geänderte Verhältnisse	406	184
III. Der Anspruch des geschäftsführenden Gesell- schafters als Verpflichtung der Gesellschaft		
1. Kein spiegelreflexähnlicher Zusammenhang zwischen Anspruch und Verpflichtung	411	189
2. Steuerrechtliche Anerkennung des Bestehens der Verpflichtung – keine Maßgeblichkeit für das zivilrechtliche Bestehen des Anspruchs . . .	412	189
IV. Verpflichtende Versorgungszusagen		
1. Pensionszusagen an Gesellschafter- Geschäftsführer und ihnen nahestehende Personen	413	190
2. Rechtsverbindlichkeit der Zusage	414	191
3. Ernsthaftigkeit der Zusage und Wahrschein- lichkeit der Inanspruchnahme		
a) Ruhegeldzusagen	416	191

	Rz.	Seite
b) Invalidität	418	193
c) Hinterbliebenenversorgung	419	193
4. Nachweis der Ernsthaftigkeit	421	194
5. Erfüllbarkeit der Pensionszusage	427	197
V. Rückdeckungsversicherungen		
1. Beweiszeichen der Ernsthaftigkeit	437	201
2. Rückdeckungsversicherung = Direktversicherung des geschäftsführenden Gesellschafters?	439	202
VI. Direktversicherungen	443	204
VII. Ansatz und Höhe von Rückstellungen für Versorgungszusagen		
1. Handelsrechtliche Pflicht, Rückstellungen zu bilden	445	205
2. Steuerrechtliche Anerkennung der Rückstellungen	446	206
3. Höhe der Rückstellungen	449	207
VIII. Verzicht auf Pensionsansprüche	453	208
Schlußbemerkung		211
Sachregister		215